

Stempelmarke € 16,00

oder ID-Nummer und Datum  
virtuelle Stempelmarke

Befreiung siehe Seite 6

Dem Amt vorbehalten  
Akte Nr.

Protokollnr.

Datum

An die Autonome Provinz Bozen Südtirol  
Abteilung 14 Amt für Jugendarbeit  
Andreas-Hofer-Straße 18  
39100 BOZEN  
Tel 0471/413376,

[jugendarbeit@pec.prov.bz.it](mailto:jugendarbeit@pec.prov.bz.it)

## Ansuchen

um die Gewährung eines Beitrages für die Jahrestätigkeit im Jahr 2027  
L.G. Nr. 13 vom 01.06.1983, Beschluss der Richtlinien Nr. 102 vom 06.02.2026

Der/die Unterfertigte

(Vorname)

(Nachname)

geboren am und in

(Geburtsort)

(Geburtsdatum )

gesetzl. Vertreter\*in von

(genaue Bezeichnung der ansuchenden Organisation und eventuell einer zweiten Tätigkeit)

mit Sitz in:

(Postleitzahl)

(Ort)

Adresse

(Fraktion, Straße, Platz, usw.)

Telefonnr. / E-Mail

PEC- Mail

Steuernummer

Mehrwertsteuernummer

IBAN

Kontaktperson

Telefon, E-Mail

## ERSUCHT um

die Gewährung eines Beitrages für die Jahrestätigkeit 2027

die Auszahlung eines Vorschusses

## und ERKLÄRT:

<p><i>Nicht gewerbliche Organisationen</i> Art. 73, Abs. 1, Buchstabe c) des D.P.R. 917/86</p>	<p><input type="checkbox"/> Obwohl der Begünstigte nicht ausschließlich oder hauptsächlich gewerbliche Tätigkeiten ausübt, verwendet sie den Beitrag zur Senkung der Betriebskosten oder zur Deckung von Betriebsdefiziten, zu denen die Einkünfte aus gewerblichen Tätigkeiten, welche zu Unternehmenseinkünften gemäß Artikel 55 des D.P.R. Nr. 917/86 führen, beitragen; <b>(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung)</b>.</p> <p><input type="checkbox"/> Der Beitrag ist ausschließlich zur Deckung von Kosten / Ausgaben oder Betriebsverlusten bestimmt, denen gegenüber ausschließlich institutionellen Einnahmen stehen, welche gemäß Art. 55 des D.P.R. Nr. 917/86 keine Einkünfte aus unternehmerischer Tätigkeit darstellen. Zudem ist derselbe Beitrag der ausgeübten institutionellen Tätigkeit zuzuordnen, welche steuerlich als nicht gewerblich gilt; <sup>1</sup> <b>(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)</b>.</p> <p><input type="checkbox"/> Bei der begünstigten Körperschaft handelt es sich um ehrenamtliche Organisation (EO) gemäß Artikel 32 ff. des GvD. Nr. 117/2017 (Organisation, die im Einheitlichen Nationalen Register des Dritten Sektors - RUNTS - eingetragen ist), und der Beitrag ist für die Durchführung nichtgewerblicher institutioneller Tätigkeiten bestimmt <b>(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)</b>.</p> <p><input type="checkbox"/> Bei der begünstigten Körperschaft handelt es sich um einen Verein zur Förderung des Gemeinwesens (VFG) gemäß Artikel 35 ff. des GvD. 117/2017 (Organisation, die im Einheitlichen Nationalen Register des Dritten Sektors - RUNTS - eingetragen ist), und der Beitrag ist für die Durchführung nichtgewerblicher institutioneller Tätigkeiten bestimmt <b>(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)</b>.</p> <p><input type="checkbox"/> Bei der begünstigten Körperschaft handelt es sich um eine Körperschaft des Dritten Sektors gemäß Artikel 4 des GvD. Nr. 117/2017 (eingetragen im Einheitlichen Nationalen Register des Dritten Sektors - RUNTS), und der Beitrag ist für die Durchführung institutioneller Tätigkeiten von allgemeinem Interesse bestimmt, die steuerlich nicht als kommerziell gelten <b>(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)</b>.</p> <p><input type="checkbox"/> Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern (materielle oder immaterielle Anlagewerte); <b>(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)</b>.</p> <p><input type="checkbox"/> Der Beitrag ist von der genannten Pflicht der Steuereinbehaltung aufgrund dieser gesetzlichen Ausnahmeregelung _____ <sup>2</sup> befreit; <b>(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)</b>.</p>
<p><b>Unternehmen (auch Einzelunternehmen) und gewerbliche Organisationen</b> Art. 73, Abs. 1, Buchstabe a) oder b) des D.P.R. 917/86</p>	<p><input type="checkbox"/> Der Beitrag dient zur Verminderung von Betriebslasten oder zur vollen Deckung von Betriebsverlusten des Unternehmens; <sup>3</sup> <b>(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung)</b>.</p> <p><input type="checkbox"/> Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches eine Personen-, Kapital- oder einfache Kommanditgesellschaft ist; <b>(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung - vgl. Art. 6 Abs. 3 und Art. 55, Abs. 2, Buchst. c des D.P.R. Nr. 917/86)</b>.</p> <p><input type="checkbox"/> Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist und <b>nicht</b> in den Rahmen des Art. 32 des D.P.R. Nr. 917/86 fällt; <b>(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung)</b>.</p> <p><input type="checkbox"/> Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist und in den Rahmen des Art. 32 des D.P.R. 917/86 fällt; <b>(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)</b>.</p> <p><input type="checkbox"/> Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern (materielle oder immaterielle Anlagewerte); <b>(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)</b>.</p> <p><input type="checkbox"/> Der Beitrag ist von der genannten Pflicht der Steuereinbehaltung aufgrund dieser gesetzlichen Ausnahmeregelung _____ befreit; <sup>4</sup> <b>(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)</b>.</p>

**Dass er/sie die geltenden Richtlinien für die Beitragsvergabe kennt**  
**Beschluss 937 vom 12.11.2019.**

<sup>1</sup>Vgl. Art. 143, Absatz 1 des D.P.R. vom 22.12.1986, Nr. 917; die Einnahmen und Erlöse setzen sich in diesem Fall aus Mitgliedsbeiträgen oder Beiträgen öffentlicher Verwaltungen und Private zusammen. Stammen die Einnahmen aus einer Handelstätigkeit, so werden diese in der Buchhaltung getrennt von den Einnahmen für institutionelle Tätigkeiten geführt, für welche der Zuschuss beantragt wird (Art. 144, Absatz 2 D.P.R. Nr. 917/86);

<sup>2</sup>Art, Datum und Nummer der Gesetzesbestimmung eintragen; fehlt die Angabe, so unterliegt der Beitrag der Quellensteuer. Der dargestellte Fall und die Beschreibung des entsprechenden Tatbestands können auch auf ehemalige ONLUS Anwendung finden, sofern sie den Status eines nichtkommerziellen Rechtsträgers beibehalten – sowohl in der Übergangsphase (bis zum 31.03.2026), in der ein Antrag auf Eintragung in das RUNTS als Körperschaft des dritten Sektors (KDS) gestellt werden kann, als auch anschließend, falls sie auf die Eintragung in das RUNTS als KDS verzichten oder den Antrag erst nach Ablauf der genannten Frist einreichen.

<sup>3</sup>d.h. ein passives Steuersubjekt, der eine gewerbliche Tätigkeit zur Erzielung von Einkünften im Sinne von Artikel 55 des Dpr Nr. 917/86 ausübt;

<sup>4</sup>Art, Datum und Nummer der Gesetzesbestimmung eintragen; fehlt die Angabe, so unterliegt der Beitrag der Quellensteuer;

Dass er/sie eventuelle Änderungen unverzüglich mitteilen wird, eingeschlossen besonders derjenigen, die vom Art. 149 des D.P.R. 22.12.1986 Nr. 917 vorgesehen ist (Aberkennung des Status als nicht gewerbliche Organisation).

Dass er/sie für dasselbe Vorhaben bei keinem anderen Landesamt angesucht hat

### ZUSÄTZLICHE ERKLÄRUNGEN:

#### Die Mehrwertsteuer ist:

- zur Gänze absetzbar (Art. 19 Absatz 1 und Art. 19ter des D.P.R. Nr. 633/72)
- teilweise und zwar im Ausmaß von  % absetzbar (Art. 19 Absatz 3 des D.P.R. Nr. 633/72)
- nicht absetzbar laut:  
(von der Mehrwertsteuer ausgenommene Tätigkeiten, Art. 4 und Art. 5 des D.P.R. Nr. 633/72)  
(von der Mehrwertsteuer befreite Tätigkeiten, Art. 10 des D.P.R. Nr. 633/72)  
(Pauschale Buchhaltung, Gesetz Nr. 66/92)

#### Die Organisation

- ist im Besitz der erforderlichen Voraussetzungen für die Verbesserung von Einrichtungen für die Jugendarbeit gemäß L.G. Nr. 13 vom 01.06.1983, Art. 6 in geltender Fassung
- hält die Antimafia-Bestimmungen gemäß L.G. D. 159/2011, in geltender Fassung ein
- hält die Bestimmungen zur Arbeitssicherheit gemäß L.G.D. Nr. 81/2008 ein.
- legt ein in der Organisation ausgearbeitetes Schutzkonzept diesem Antrag bei
- ist derzeit mit der Erarbeitung eines Schutzkonzeptes beschäftigt
- ist in Kenntnis, dass gemäß Landesgesetz vom 22.10.1993, Nr 17 (art.2/bis) im Falle von Falschangaben oder Verwendung falscher oder unwahrer Unterlagen, vorbehaltlich etwaiger strafrechtlicher Sanktionen, die Organisation den gesamten Beitrag zuzüglich etwaiger Verwaltungsstrafen zurückzahlen muss und gemeinsam mit der erklärenden Person, von der Inanspruchnahme weiterer wirtschaftlicher Begünstigungen des Landes ausgeschlossen werden kann.
- ist sich bewusst, dass unwahre Erklärungen gemäß Art. 76 des D.P.R. Nr. 445 vom 28.12.2000 strafrechtlich verfolgt werden, dass diese Verwaltung auch stichprobenartige Kontrollen auf die abgegebenen Erklärungen durchführen wird und dass eventuelle Änderungen zu dieser Erklärung unverzüglich mitzuteilen sind.

#### Als Gesuchsteller\*in erkläre ich eigenverantwortlich:

- Dass ich jede Änderung der vorliegenden Erklärungen sowie der vorgesehenen Programmierung und Durchführung mitteile
- Dass ich in den mir zur Verfügung stehenden digitalen Medien alle mir gewährten Beiträge veröffentliche, sollte deren Gesamtsumme Euro 10.000,00 überschreiten.
- Dass ich alle Rechnungen zum Beitrag in Höhe der anerkannten Kosten samt Zahlungsbeleg und XML- Datei aufbewahre und in der Buchhaltung abgrenze.

**Gegenstand des Ansuchens:**

**Schwerpunkt der Tätigkeit in Stichworten und Fakten**

# Finanzierungsplan

## Erlöse

Mitgliedsbeiträge	
Beiträge Gemeinden	
Beiträge Pfarreien	
Beiträge anderer öffentlichen Einrichtungen	
Eigenmittel	
Spenden	
Einnahmen 5/1000	
Andere Einnahmen, welche	
<b>Summe Erlöse:</b>	

## Kosten (Kostenvoranschlag Excel Tabelle im Anhang)

1 Roh-, Hilfs- und Verbrauchsmaterialien sowie Verbrauchsgüter	
2 Dienstleistungen	
3 Nutzung der Güter Dritter	
4 Personalspesen	
7 Sonstige Betriebsausgaben	
Kosten für spezifische Vorhaben	
<b>Summe Kosten</b>	

## Fehlbetrag

Summe Kosten	
Summe Erlöse	
<b>Fehlbetrag:</b>	



## ANLAGEN

- Gründungsakt und Statut (für Organisationen, die zum ersten Mal ansuchen oder eine Statutenänderung vorgenommen haben)
- Arbeitsplatzbeschreibung und Lebenslauf der Mitarbeiter\*innen falls nicht schon im Amt abgegeben
- Kostenvoranschlag (beiliegende Excel Tabelle)
- Schutzkonzept

**Datenschutzgrundverordnung (EU) 2016/679 -**

**Information gemäß Artikel 13 Kurzfassung:**

**Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen. E-Mail: [generaldirektion@provinz.bz.it](mailto:generaldirektion@provinz.bz.it); PEC: [generaldirektion.direzione generale@pec.prov.bz.it](mailto:generaldirektion.direzione generale@pec.prov.bz.it). Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (DPO - Data Protection Officer) sind folgende: E-Mail: [dsb@provinz.bz.it](mailto:dsb@provinz.bz.it), PEC: [rpd\\_dsb@pec.prov.bz.it](mailto:rpd_dsb@pec.prov.bz.it).**

**Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, zur Erfüllung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse oder im Zusammenhang mit der Ausübung öffentlicher Gewalt oder zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gemäß der im ausführlichen Informationsschreiben angegebenen Rechtsgrundlagen, verarbeitet. Die Daten werden so lange gespeichert, bis sie zur Erreichung der Zwecke der Datenverarbeitung und zur Erfüllung der geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden. Für weitere Informationen, auch in Bezug auf die Ausübung der im Sinne von Artikeln 15-22 der DSGVO Ihnen zustehenden Rechte, lesen Sie bitte die ausführliche Datenschutzerklärung, welche durch den nachstehenden Hyperlink zugänglich ist <http://www.provinz.bz.it/de/privacy.asp>.**

**- Die/der Unterfertigte hat Einsicht in die Information über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten genommen.**

**- Die/der Unterfertigte ist sich bewusst, dass unwahre Erklärungen gemäß Art. 76 des D.P.R. vom 28.12.2000 N. 445 bestraft werden und dass nicht rechtmäßig bezogene Beiträge laut Verwaltungsgesetz Nr. 17/1993 widerrufen werden und ein eventuell ausbezahlter Vorschuss rückerstattet werden muss.**

**Erklärung in Bezug auf die Anwendung der Stempelsteuer**

**Die/der Unterfertigte erklärt, dass die Verpflichtungen in Bezug auf die Anwendung der Stempelsteuer im Sinne des M.D vom 17.06.2014 eingehalten wurde und dass:**

- **Die Stempelmarke auf das Gesuch geklebt ist.**
- **Die virtuelle Stempelmarke ausschließlich für das gegenständliche Verwaltungsverfahren verwendet und mit dem Originaldokument für 3 Jahre aufbewahrt wird. Das Datum der Stempelmarke muss zeitlich der digitalen Unterzeichnung des Dokumentes vorausgehen.**
- **Die Befreiung von der Stempelsteuer aufgrund folgender Bestimmung gegeben ist: D.P.R. vom 26. Oktober 1972, Nr. 642, Tabelle "B"**
  - Punkt 16 (öffentliche Ämter),**  **Punkt 27 bis (Onlus)**
  - Legislativdekret Nr.117/2017 Art. 4, Abs.1 und Art. 82 oder gesetzesvertr. Dekret Nr. 460/1997**

**Im Sinne des L G Nr. 17/1993 (Art. 2, Abs. 3) führt die zuständige Landesverwaltung stichprobenartige Kontrollen im Ausmaß von mindestens 6% durch.**

(Ort)  Datum)  Unterschrift

**Dieses Ansuchen wurde  per Post, per E-Mail, per PEC oder durch eine verantwortliche Person mit der Kopie des folgenden gültigen Ausweises vorgelegt oder versandt:  Identitätskarte  Reisepass  Führerschein  andere (das Dokument muss mit Foto und Stempel oder gleichwertigem Kennzeichen versehen und von der öffentlichen Behörde ausgestellt worden sein)**